

# POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

## Projektland: Burkina Faso

Datum: 12. Februar 2014

### Ein Land am Scheideweg.

#### Burkina Faso im Schatten der Präsidentschaftswahlen 2015

Burkina Faso, der vermeintliche Hort politischer Stabilität in der Krisenregion Westafrika, durchlebt derzeit eine schwierige innenpolitische Phase. Die Präsidentschaftswahlen 2015 werfen ihre Schatten weit voraus und stellen das Land schon jetzt vor harte innere Zerreißproben. Das sorgt nicht nur in Burkina Faso, sondern auch in der gesamten Region Westafrika für Verunsicherung.

Der Präsident von Burkina Faso, Blaise Compaoré, hat sich als erfolgreicher Konflikt-Mediator in den Krisen der Nachbarländer erwiesen. Respektiert und anerkannt im afrikanischen Kontext und im Lager der westlichen Großmächte, steht er als Garant für politische Stabilität in einer an Krisen nicht gerade armen Weltregion. Seit seiner Machtübernahme im Jahr 1987 verging kaum eine kriegerische oder kriegsähnliche Auseinandersetzung der Region, in der er nicht als Diplomat und Schlichter vermittelte. Während die Nachbarländer Mali und Niger erheblich unter den kriegerischen Auseinandersetzungen leiden, blieb dem Sahelland dieses Schicksal bislang erspart. Politische Beobachter schreiben diesen Umstand dem diplomatischen Geschick seines Präsidenten zu. Seine innenpolitische Erfolgsbilanz für die Republik Burkina Faso sieht allerdings nüchterner aus.

Spätestens seit Beginn 2011 ist der innere soziale Frieden in Frage gestellt. Auf der politischen Agenda stehen daher seit geraumer Zeit die gravierenden sozialen Probleme des Landes. Im Sommer 2013 verging kaum eine Woche ohne öffentliche Demonstrationen, meist in Ouagadougou. Aber auch in anderen Landesteilen neigen zumeist jugendliche Gruppen immer mehr dazu, ihren Unmut öffentlich zu äußern. Im Frühling 2011 hatten Aufstände, unter dem Einfluss der Krise in der Côte d'Ivoire, die innenpolitische Stabilität deutlich ins Wanken gebracht und Präsident Compaoré zu einem drastischen Kurswechsel gezwungen. Mit dramatischen Zugeständnissen an die Armee und neuen Wirtschaftsprogrammen sollten die sozialen Rahmenbedingungen verbessert werden. Über massive Investitionen in die Infrastruktur sollen bessere Bedingungen für Investoren geschaffen werden. Klientelismus, Korruption und Landraub sollten eingedämmt, die zunehmende Verarmung der Bevölkerung bekämpft werden. Internationale Geldgeber sind sich heute einig, dass es makroökonomisch zwar bergauf geht und das Land eine der effizientesten Finanzstrukturen des Kontinents aufweist. Spürbare Erleichterungen erfährt die Mehrheit der „Burkinabé“

allerdings nicht. Im Gegenteil bewirken hohe Lebenshaltungskosten, Klientelwirtschaft und reformbedürftige Rechtssysteme, dass die traditionell friedlichen "Burkinabé" über alle Bevölkerungskreise hinweg ihrem Unmut Luft verschaffen.

Wie es scheint, haben die Aufstände in 2011 den burkinischen Präsidenten aus einer innenpolitischen Lethargie erweckt. Wie sonst erklärt sich, dass glaubhafte Reformen erst nach 25 Jahren Regierungszeit angestoßen werden? Grundsätzlich verfügt das Land über die strukturellen und politischen Voraussetzungen für ein verstärktes wirtschaftliches Wachstum und zur dezidierten Bekämpfung der Armut. Während andere Länder durch Kriege und Krisen nicht in der Lage sind, sich nachhaltig zu entwickeln, genießt Burkina Faso das Privileg eines langfristigen Friedens. Dennoch bleibt die Entwicklung des Landes in vielen Bereichen weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Laut MPI<sup>1</sup> zählt Burkina zu den zehn ärmsten Ländern der Welt, 84 % der Bevölkerung leben in Armut (Bildung, Gesundheit, Lebensstandard), weitere 7 % sind akut davon bedroht. Gering ist das Vertrauen, das die Menschen ihren Politikern entgegenbringen. Vom Freedom House Index wird das Land als „teilweise frei“<sup>2</sup>, von der Bertelsmann Stiftung als eine „stark defekte Demokratie“<sup>3</sup> eingestuft. Der Fokus des burkinischen Staates liegt auf den sichtbaren Elementen der Demokratie wie Mehrparteiensystem und Wahlen. Fragen der guten Regierungsführung und der auf der Basis einer realen Gewaltenteilung funktionierende Rechtsstaat werden in den Hintergrund gedrängt. Laut einer Umfrage des Afrobarometers von 2012<sup>4</sup> sehen auch viele „Burkinabé“, dass ihre Demokratie an einigen Stellen krank. Denn gegen die nunmehr geplante, durch die Verfassung grundsätzlich legitimierte, Einsetzung eines Senats durch den Präsidenten ist aus rechtsstaatlicher Sicht nichts einzuwenden.<sup>5</sup> De facto ermöglicht dieser Schritt jedoch der Regierung eine qualifizierte Mehrheit im neuen Oberhaus, und über diese eine Änderung der Verfassung.

Diese machttaktischen Manöver bewegen sich zwar auf der Basis geltenden Rechts, verstärken aber weder das Vertrauen der „Burkinabé“ in den Präsidenten noch in den demokratischen Rechtsstaat. Vor diesem Hintergrund erscheint der "Reformeißer" des Präsidenten tatsächlich eher eine Machterhaltungsmaßnahme zu sein.

Burkina Faso hat wie die Mehrheit der afrikanischen Länder kaum demokratische Traditionen. Nach der Kolonialherrschaft wurde das ehemalige Obervolta von Militärs regiert, die Kultur der Gewaltenteilung und des demokratischen Machtwechsels sind hier noch keineswegs gesellschaftliche Realität. Zudem sind Presse- und Richterfreiheit auch aktuell eingeschränkt. Damit können Presse und Justiz ihrer Rolle der demokratischen Kontrolle nicht ausreichend gerecht werden. Die Verwaltung des Landes gilt als parteiisch. Eine Zivilgesellschaft als kontrollierendes Element ist erst im Entstehen begriffen.

<sup>1</sup> Multidimensional poverty index MPI, <http://hdr.undp.org/sites/default/files/Country-Profiles/BFA.pdf>

<sup>2</sup> <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2014#.UuvSh.15MUg> s. Map of Freedom 2014

<sup>3</sup> BTI 2012 – Regionalbericht West- und Zentralafrika, Bertelsmann Stiftung 2012 [http://www.bti-project.de/uploads/tx\\_jdownloads/BTI\\_2012\\_Regionalbericht\\_WCA.pdf](http://www.bti-project.de/uploads/tx_jdownloads/BTI_2012_Regionalbericht_WCA.pdf)

<sup>4</sup> <http://www.rfi.fr/afrique/20131213-burkina-faso-blaise-compaore-confirme-mise-place-senat/> Radio France International, Artikel vom 13. Dezember 2013

<sup>5</sup> [http://www.jeuneafrique.com/Articleimp\\_ARTJAWEB20130813114933\\_burkina-faso-blaise-compaore-suspend-la-mise-en-place-du-senat.html](http://www.jeuneafrique.com/Articleimp_ARTJAWEB20130813114933_burkina-faso-blaise-compaore-suspend-la-mise-en-place-du-senat.html) Artikel vom 13. August 2013

Hanns-Seidel-Stiftung\_Politischer Sonderbericht\_Burkina\_Faso\_12. Februar 2014

Zu Beginn 2014 steht der Präsident in der zweiten Hälfte seiner offiziell letzten Amtszeit. Seit 1987 ununterbrochen an der Macht, wurde die Amtszeit des Präsidenten vor 13 Jahren auf zwei Legislaturperioden von 5 Jahren beschränkt (Artikel 37), und dahingehend interpretiert, dass diese Regelung erst ab der darauffolgenden Wahl 2005 gilt. Wiedergewählt in 2005 und 2010 befindet sich der Präsident nunmehr in seinem 27. Dienstjahr. Die Frage der in Afrika „beliebten“ Mandatsverlängerung über eine Verfassungsänderung, mit der der Präsident aktiv liebäugelt, beherrscht seit Monaten die Tagespolitik des Landes.

Wie erstmals 2011, beginnen die Menschen nun vermehrt ihren Unmut gemeinsam öffentlich kundzutun. Eine von der Opposition organisierte Demonstration vom 18. Januar 2014 hat so viele „Burkinabé“ wie noch nie mobilisiert<sup>6</sup>. Vehement äußern sie offen ihre Unzufriedenheit über das Dauermandat ihres Präsidenten wie auch die Art und Weise, wie der Präsident und die ihm nahen politisch-wirtschaftlichen Eliten mit den Problemen im Land umgehen. Ganz offenbar auch ein Gradmesser dafür, dass die Zeiten für Willkürherrschaften endgültig vorbei sind.

Die aktive öffentliche Debatte, in der sich neue politische Lager formieren und mit teilweise sehr unsauberen populistischen Parolen in einen frühzeitigen Wahlkampf ziehen, zeigt zaghaft aber deutlich, dass das über Jahrzehnte kultivierte Pflänzchen Rechtsstaatlichkeit erste Früchte trägt. Denn die jüngsten Verlautbarungen des Präsidenten widersprechen zwar seinen vor Jahren gegebenen Versprechen, nicht mehr zu kandidieren. Die gegenwärtig diskutierten Optionen eines Referendums oder einer Verfassungsänderung über den Hebel einer parlamentarischen Mehrheit bewegen sich jedoch auf dem Boden geltenden Rechts. Hieraus kann durchaus abgeleitet werden, dass im Burkina Faso des 21. Jahrhunderts die Zeiten autokratischen (Durch-) Regierens zu Ende gehen.

Es wird auch vom diplomatischen Geschick des Präsidenten abhängen, ob die verbreitete Enttäuschung über nicht eingehaltene Versprechen in Gewalt eskaliert oder nicht. Denn Tatsache ist, dass die Riege der sich derzeit als präsidiale Alternativen positionierenden und die Gefahr einer Autokratie heraufbeschwörenden Politiker unisono mehr als ein Vierteljahrhundert getreue Gefolgsleute des Präsidenten waren. Erst seit neuestem legen sie sich den Mantel des demokratischen Wechsels um, nachdem sie lange Jahre im Gefolge des Präsidenten die Privilegien der Nähe zur Macht genießen konnten. Der Präsident kann sich aber einer breiten, wenn auch überwiegend schweigenden Mehrheit sicher sein. Auch wenn er es nicht vermocht hat, sein Land nachhaltig aus dem Kreis der „Armenhäuser“ Afrikas heraus zu führen, ist der Vergleichsmaßstab eher das Chaos der angrenzenden Länder Côte d’Ivoire, Mali, Niger und Libyen. Insofern geht es dem durchschnittlichen „Burkinabé“ gefühlt besser als den Menschen der Region.

Grundsätzlich ist die burkinische Parteienlandschaft aber völlig zersplittert - bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen Ende 2012 waren jeweils mehr als 70 Parteien vertreten - und damit strukturell marginalisiert. Eine junge Zivilgesellschaft

---

<sup>6</sup> Nach Polizeiangaben 10 000 Menschen in Ouagadougou. Siehe auch : Artikel: Démonstration de force de l'opposition burkinabè, 18. Januar 2014 <http://www.rfi.fr/afrique/20140118-burkina-faso-demonstration-force-burkinabe-compaore-constitution-diabre-kabore>

beginnt sich zwar zu formieren, als politisch ausgerichtete Kraftzentren können sie dem Machtapparat der Regierungspartei allerdings noch kein Paroli bieten.

Die Stabilität Burkina Fasos, im Herzen Westafrikas, ist also mehr eine vermeintliche denn eine reale. 2015 wird auch in der noch immer bedenklich instabilen Nachbarrepublik Côte d'Ivoire erneut gewählt. Über die weitere Entwicklung in Mali kann niemand Voraussagen treffen. Der östliche Nachbar Niger ächzt unter terroristischen Bedrohungen und kämpft ebenfalls gegen soziale Spannungen und massive Korruption. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen. Vor diesem Hintergrund gliche es einem Wunder, sollte es dem „ewigen“ Präsidenten tatsächlich gelingen, dem Land mehr soziale Prosperität und eine friedliche Machtübergabe an einen demokratisch legitimierten Nachfolger zu bescheren.

Gemessen an den Wirtschafts- und Bevölkerungszahlen kann Burkina Faso zwar kaum mit seinen „großen“ Nachbarn Algerien oder Nigeria konkurrieren. Aus geopolitischer Sicht sollte man aber der Versuchung widerstehen, die Bedeutung des Landes als Hort der politischen Stabilität zu unterschätzen. Die internationale Gemeinschaft sollte dem Land in der geographischen Mitte Westafrikas daher verstärkte und aktivere Aufmerksamkeit widmen. Zu groß ist die Gefahr, dass ein durch innere Konflikte im Chaos versinkendes Land auch den letzten Anker der Stabilität in der Region zunichtemacht. Kippt die Lage, könnte aus dem ruhenden Pol Burkina Faso die neue zündende Lunte am Pulverfass Westafrika werden.

Wenig durchsichtig ist bisher die Rolle der wichtigsten strategischen Partner von Burkina Faso, der einstigen Kolonialmacht Frankreich und den USA. Die Positionierung der beiden Partner gegenüber einer Verfassungsänderung ist weder transparent noch nachvollziehbar. Beide Länder haben aber ein großes Interesse an einem stabilen Burkina Faso, das ihre logistische Basis für den Anti-Terror-Kampf und die Überwachung der Region bildet.

Sicher ist, dass die kontinuierlich an Selbstbewusstsein und Kraft gewinnende Zivilgesellschaft offensichtliche Manipulationen der geltenden Verfassung aus Gründen des Machterhalts nicht widerstandslos hinnimmt. Der Präsident hält die Hebel in der Hand, um das Land in eine weiterhin friedliche und hoffnungsvolle Zukunft zu führen.

Es wäre zu wünschen, dass der Präsident, der sich als engagierter Konflikt-Mediator in den Nachbarländern durchaus bewährt hat, ab sofort seine Mediatoren- und Vermittlungsfähigkeiten auf die Konfliktlösung im eigenen Land konzentriert.

Auch verfügt der Präsident über die politische Kraft, um mit überzeugenden Initiativen und glaubwürdigen visionären Signalen die so dringend gebotene wirtschaftliche Integration Westafrikas voranzutreiben. Eine erste wichtige Etappe, um die gesamte Region endlich aus dem Teufelskreis aus Armut und Krisen herauszuführen. Denkbar wäre auch, Initiativen zu stärken, die endlich das gemeinsame Vorgehen gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus (wie seit Juli 2013 auch gegen die zunehmende Piraterie im Golf von Guinea) fördern helfen. Solche Initiativen sind geeignet, Burkina Faso verstärkt in einen positiven und konstruktiven Fokus zu rücken,

der die Aufmerksamkeit der wichtigsten internationalen Akteure auf das entwicklungshungrige Land lenken könnte.

**Autorin: Amely Bey**

**Die Autorin ist Praktikantin im Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Ouagadougou, Burkina Faso.**

**Redaktion: Ralf Wittek**

**Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika**

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 12. Februar 2014

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther,

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)